

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Februar 2006



67 – Die Chiffre eines Reformbeginns?

Tut sich was? Man sollte den Koalitionsbeschluss zur „Rente 67“ nicht mit zu großen Erwartungen befrachten. Noch steht er nicht im Gesetzblatt. Aber es könnte sein, dass sich hier mehr anbahnt als eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit für den Bezug der vollen Rente: Auf das seit langem erkennbare Finanzdesaster der Rentenversicherung reagiert ein Bundeskabinett erstmals nicht mit der Zuweisung neuer Mittel aus dem Haushalt, sondern mit dem Versuch, das Wünschbare und das Mögliche auf den gemeinsamen Nenner der Finanzierbarkeit zu bringen.

Im Zustand der Rentenkasse spiegeln sich heute schon die Probleme der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes. Und am Horizont stehen die Herausforderungen der Demographie. Die Arbeitslosigkeit führt zu geringeren Einnahmen. Das ist unvermeidlich. Sie führt aber auch zu höheren Ausgaben, weil es politische Praxis geworden ist, ältere Langzeitarbeitslose zu Rentnern zu erklären. Das ist nicht unvermeidlich, sondern politisch so gewollt. Eine Anhebung des Beitragssatzes bedeutete höhere Kosten in den Unternehmen und somit die Gefahr weiter steigender Arbeitslosigkeit. Mit noch höheren Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt wäre die Lücke in der Rentenbilanz auf Dauer nicht zu füllen. Staatsschulden sind Staatsschulden, egal, ob man das ein Rentendefizit oder ein Bundesdefizit nennt. Da bleibt nur der Ausweg, die Rentenzahlungen zu drosseln. Und in der Tat: die „Rente 67“ ist nichts anderes als eine Rentenkürzung – nicht für die jetzigen Rentner, aber für die künftigen.

Dieser Plan ist eine Antwort auf die aktuelle Finanznot, auf das Risiko weiterer, kostenbedingter Arbeitslosigkeit und auf die Demographie: auf die jetzt bereits individuell längere Lebenszeit und auf die heute erkennbare, künftige Alterslast der Bevölkerungspyramide. Ob das eine insgesamt gute Reform wird, kann man erst sagen, wenn ihre Einzelheiten im Gesetzblatt stehen. Die Verbindung zwischen ökonomischer Herausforderung und rententechnischer Lösung ist einleuchtend. Mal sehen, was sie aus dem Projekt „Rente 67“ machen. *Hans D. Barbier*

Krankenkassenbeiträge

Der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung wurde 2006 nicht erhöht. 14,2 Prozent eines monatlichen Bruttoeinkommens müssen abgeführt werden. Grund zur Freude über stabile Beiträge gibt es dennoch nicht. Zum einen hatte die Bundesregierung nach der Gesundheitsreform 2004 erwartet, dass der Beitragssatz deutlich sinken würde. Zum anderen ist der Arbeitnehmeranteil am Beitrag gestiegen.

Bis zur Reform 2004 mussten Arbeitgeber und Arbeitnehmer je die Hälfte der Beiträge zahlen. Ab 1. Juli 2005 wurde ein „Sonderbeitrag“ für die zahnärztliche Versorgung in Höhe von 0,9 Prozent eingeführt, den die Arbeitnehmer allein tragen müssen. Zusätzlich wurde mit der Reform ein „Allgemeiner Beitragssatz“ von 13,3 Prozent als Berechnungsgrundlage für die Beitragszahlung festgelegt. Die Hälfte – 6,65 Prozent – trägt nun der Arbeitgeber, die andere Hälfte zuzüglich 0,9 Prozent Sonderbeitrag – 7,55 Prozent – der Arbeitnehmer.

www.bmg.bund.de

Nachwuchsmangel

Der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) warnt vor Nachwuchsmangel in technischen Berufen. Die Unternehmen in Deutschland könnten rund 15 000 Stellen für Ingenieure nicht besetzen. Fachkräfte-

mangel ist laut VDI Investitionshemmnis Nummer eins. Grund für fehlende Fachkräfte sei die sinkende Zahl der Studierenden in den Ingenieurwissenschaften. Im vergangenen Jahr habe es 7,3 Prozent weniger Studienanfänger in den Fächern Informatik, Maschinenbau, Elektrotechnik und Bauingenieurwesen gegeben. Auch das Interesse von Frauen an technischen Fächern sei stark gesunken. Sie stellten 2005 nur 16,2 Prozent der Studierenden in den Ingenieurwissenschaften.

Manchen der rund 65 000 arbeitslosen Ingenieure, von denen die meisten älter als 45 Jahre sind, dürfte diese Warnung sehr erstaunen.

www.sachen-machen.org/index.php?id=79

Arbeitsplatzsicherheit

Eine reguläre, auf Dauer angelegte Beschäftigung steigert die Produktivität der Arbeitnehmer. Eine Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) für 13 europäische Länder zeigt, dass sich Beschäftigungssicherheit positiv auf die Produktivität auswirkt. Die optimale Betriebszugehörigkeit liegt im EU-Durchschnitt bei 13,6 Jahren.

Viele Arbeitnehmer verlassen ihre Arbeitgeber aber früher oder werden entlassen, bevor ihre Produktivität voll wirksam wurde. In Deutschland war der durchschnittliche Arbeitnehmer (Stand: 2002) rund 10,7 Jahre bei der

gleichen Firma beschäftigt. In Frankreich lag die Beschäftigungsdauer bei 11,3 Jahren, in Großbritannien bei 8,1 Jahren. Die längste Verweildauer gab es mit 13,2 Jahren in Griechenland.

Der Grund für eine höhere Leistung langjährig Beschäftigter ist der ILO zufolge einfach. Stabile Beschäftigungsverhältnisse veranlassen Firmen zur Aus- und Fortbildung ihrer Arbeitnehmer. Das Ergebnis: Sicherheit steigert die Produktivität des Arbeitnehmers und den Output der Firma.

www.ilo.org/public/german/region/europro/bonn

D-Mark-Umlauf

Seit 1. Januar 2002 zahlen wir mit dem Euro. Doch die „gute, alte“ D-Mark ist auch vier Jahre nach der Euro-Einführung noch in mancher Geldbörse oder im Sparstrumpf zu finden, denn knapp 15 Milliarden D-Mark sind noch im Umlauf: 184 Millionen Banknoten (Wert: 7,5 Milliarden D-Mark) und 24,3 Milliarden Münzen (Wert: 7,2 Milliarden D-Mark) wurden noch nicht gegen Euro getauscht. Das sind Scheine und Münzen von umgerechnet gut 7,5 Milliarden €.

Laut Schätzung der Deutschen Bundesbank werden etwa 30 bis 40 Prozent der bisher nicht zurückgegebenen Banknoten im Ausland aufbewahrt. Insgesamt sind 93 Prozent aller D-Mark-Scheine und 50 Prozent der Münzen bei der Bundesbank umgetauscht worden. Dort ist der Umtausch unbegrenzt und kostenlos möglich.

www.bundesbank.de

Wettbewerb gesucht

Zurzeit häufen sich die Unternehmenszusammenschlüsse in fast allen Wirtschaftszweigen. Insbesondere die internationalen Konzerne sind in Bewegung. Wettbewerbsaspekte bleiben beim Für und Wider von Fusionen und Übernahmen häufig unbeachtet.

Es gibt Fusionen – zwei Unternehmen vereinigen sich im Einvernehmen zu einem – und Übernahmen – ein Unternehmen kauft ein anderes auf. Die neu entstandenen, größeren Unternehmen sollen dadurch im weltweiten Wettbewerb ihre Position verbessern, in der Management-Sprache: „optimal aufgestellt“ sein.

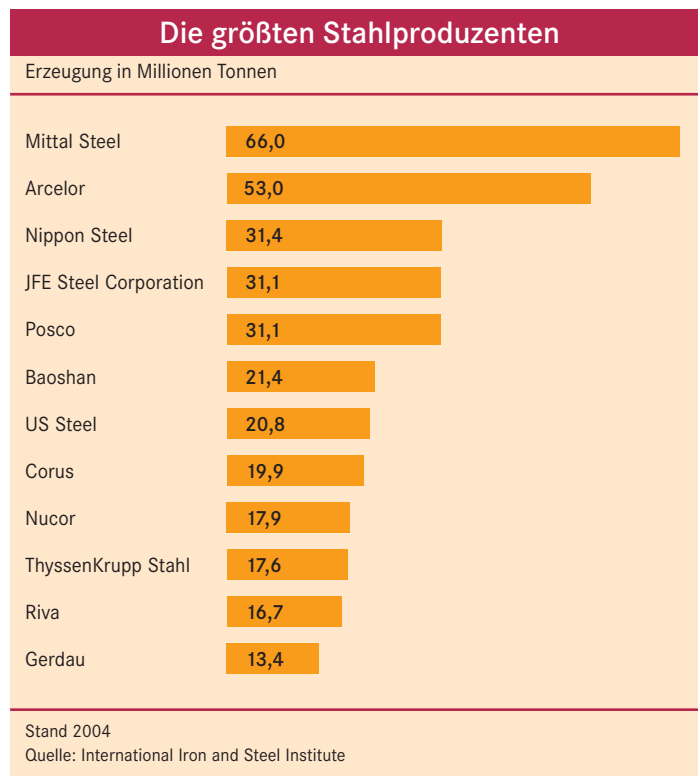
Das Auf und Ab der Konjunktur, technische Neuerungen, Veränderungen von wichtigen wirtschaftlichen Daten, zum Beispiel die Abschaffung von Zöllen, sowie steuerpolitische Kalküle, vor allem aber der Gedanke an Börsen, Kurse, Zinsen und Renditen be-

einflussen das Geschehen bei den so genannten „M&A“ (Abkürzung für „Mergers and Acquisitions“). Die letzte Hochphase der Fusionen und Übernahmen war 1999/2000. Mit dem weltweiten Konjunktur-einbruch im Jahr 2001 sank die Zahl der Zusammenschlüsse. Seit 2003 nehmen Fusionen und Übernahmen wieder zu. 2005 wurden weltweit rund 2 400 Milliarden € dafür aufgewendet – eine Steigerung gegenüber 2004. In Deutschland ist die Summe der Akquisitionen 2005 sogar um 57 Prozent auf knapp 120 Milliarden € angestiegen.

Ein neuer „Stahlriese“

Derzeit erregt ein Übernahmeversuch besondere Aufmerksamkeit: 18,6 Milliarden € hat der englisch-niederländische Konzern Mittal Steel für den Konkurrenten Arcelor geboten. So viel wurde noch nie für ein Unternehmen in der Stahlbranche gezahlt. Dennoch lehnt das Arcelor-Management den Zusammenschluss strikt ab. Wenn die Vereinigung vollzogen würde, wäre sie eine „feindliche Übernahme“.

Der um Arcelor vergrößerte Mittal-Konzern könnte in 61 Stahlwerken mit knapp 270 000 Mitarbeitern in 27 Ländern produzieren. Nicht genug damit. Schon jetzt bezieht Mittal Steel 44 Prozent des für die Stahlproduktion benötigten Eisenerzes aus eigenen Minen. Damit ist das Unternehmen unabhängiger vom Rohstoffmarkt als seine Konkurrenten. Mittal Steel würde nach dem Zusammenschluss mit Arcelor nicht nur über Produktionskapazitäten von rund 110 Millionen Tonnen Rohstahl pro Jahr verfügen. Es hätte vor allem bei der Beschaffung von Eisenerz eine dominante Stellung. Das nächst größte Unternehmen, Nippon Steel aus Japan, kann nur rund 30 Millionen Tonnen Stahl im Jahr herstellen, also etwa ein Viertel des vergrößerten Mittal-Konzerns. Das Entscheidende aber ist, dass Nippon Steel nicht über eigenen Eisenerz-Vorkommen ver-





„Die Unternehmenszusammenfassung ist bei weitem das wichtigste Instrument der Wettbewerbsbeschränkung geworden.“

Franz Böhm

Zusammenschlüsse in der Stahlindustrie

2004 wurden im Stahl- und Aluminiumsektor weltweit 166 Fusionen und Übernahmen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von knapp 32 Milliarden € abgeschlossen. Allein in Westeuropa kam es zu 38 Akquisitionen im Wert von 13,5 Milliarden €. 2003 gab es „nur“ 28 Zusammenschlüsse im Wert von 6,1 Milliarden €.

Die Verbindung der beiden niederländischen Unternehmen LNM Holdings und Ispat International war 2004 mit 11,2 Milliarden € die bedeutendste Übernahme in Westeuropa. Die darauf folgende Übernahme der International Steel Group machte die Gründung von Mittal Steel möglich, dem seitdem weltweit größten Stahlhersteller.

Auch der deutsche Stahlsektor konnte zwei bedeutende Übernahmen melden: ThyssenKrupp Stahl verkaufte seine Tochter Krupp Edelstahlprofile für rund 105 Millionen € sowie im Mai 2005 die Edelstahlwerke Witten-Krefeld GmbH für umgerechnet 110 Millionen €.

Quelle: PricewaterhouseCoopers AG

fügt, während der neue Mittal-Konzern praktisch Selbstversorger wäre.

Etwas anderes kommt hinzu: Lakshmi Mittal, Inder mit britischem Pass und Konzernchef von Mittal Steel, begründet die Übernahme mit Kostensenkungen durch Synergien und hebt hervor, wie gut sich Mittal und Arcelor ergänzen würden: Sein Konzern sei in Asien und Nordamerika marktführend, Arcelor in Europa und Südamerika. Durch den Zusammenschluss würde

der vergrößerte Konzern Produktion und Absatz von Stahl zumindest auf dem amerikanischen Kontinent und in Europa dominieren. In der Sprache der Wettbewerbstheorie heißen derartige Sachverhalte „monopolistische Strukturen“ und sind extrem verpönt.

Ist größer besser?

Gegen den Versuch von Unternehmen, Kosten zu senken, ist wenig einzuwenden. Wenn Kapazitäten besser ausgelastet und überflüssige Verwal-

tungskosten abgebaut werden, profitieren davon die Verbraucher durch sinkende Preise. Eine optimale Betriebsgröße ist jedoch nicht gleichbedeutend mit Marktmacht. Es ist nicht so, dass Unternehmen zwangsläufig immer größer werden müssen, damit sie immer kostengünstiger produzieren können. Auch kleinere Unternehmen sind in der Lage – zum Beispiel durch innovative Produktionsverfahren, Spezialisierungen oder Kooperationen –, ihre Produktivität zu steigern und kostengünstig zu produzieren.

Im Unterschied zu großen Unternehmen werden kleinere aber vom Markt verschwinden, wenn sie ihre Produkte nicht verkaufen. Wer zu teuer produziert, scheidet aus. Diese marktwirtschaftliche Regel gilt nicht zwangsläufig für Großunternehmen. Sie sind finanziell in der Lage, weniger profitable oder sogar mit Verlust arbeitende Unternehmensteile durch ertragsstärkere zu subventionieren.

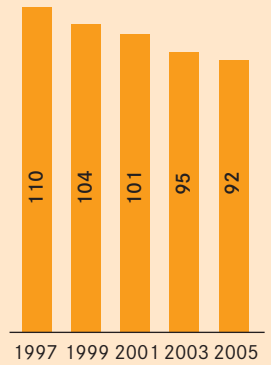
Diese interne Quersubventionierung birgt große Gefahren für die Konkurrenten. Ein mächtiges Unternehmen kann die Konkurrenten im Preis unterbieten, weil es die Gewinne aus anderen Bereichen einsetzen kann. Der Fachbegriff in der Wirtschaftswissenschaft dafür heißt „Dumping“. Dumping bewirkt, dass sich auf einem Markt nicht der Tüchtige, sondern der Kapitalstärkere durchsetzt.

Röchel- statt Leistungswettbewerb

Franz Böhm, einer der Mitstreiter von Ludwig Erhard, beklagte vor 30 Jahren, dass

Arbeitsplätze

Beschäftigte in der deutschen Stahlindustrie in Tausend



Quelle: Wirtschaftsvereinigung Stahl

von Finanzinteressen provozierte Unternehmenszusammenschlüsse „das wichtigste Instrument der Wettbewerbsbeschränkung“ geworden seien. Böhm hat mit drastischen Worten die Entwicklungen geschildert, die sich daraus ergeben.

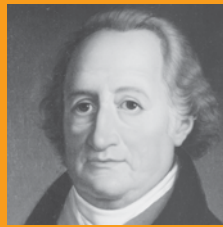
Er meinte, Politik und Verbände seien der Größe und der Macht verfallen. Sie würden Großunternehmen fördern und nähmen sogar wider besseres Wissen in Kauf, dass dadurch wettbewerbsbeschränkende oder sogar marktbeherrschende Unternehmen entstehen.

An die Stelle von Wettbewerb trete Industriepolitik: Bestimmte Unternehmen – heute heißen sie „nationale Champions“ – erhielten besondere Aufmerksamkeit und würden gehätschelt. Aus der Marktwirtschaft entstehe eine Machtwirtschaft. Bald bleibe nur noch ein Rest von Wettbewerb übrig – eine Art „Röchelwettbewerb“, den die Wettbewerbspolitik dann vor dem letzten Fangschuss der Großen schützen wolle.

Weltweite Stahlproduktion

in Millionen Tonnen	2001	2003	2005
Asien	353,9	442,4	583,8
davon China	150,9	222,4	349,4
Europa	304,7	319,4	331,5
davon Deutschland	44,8	44,8	44,5
Nordamerika	119,9	126,2	127,0
Südamerika	37,4	43,0	45,3
Afrika	14,9	16,3	17,9
Gesamt	850,3	969,1	1 066,5

Quelle: International Iron and Steel Institute

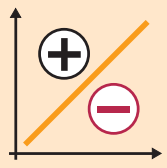


„Wenn man von den Leuten Pflichten fordert und ihnen keine Rechte zugestehen will, muss man sie gut bezahlen.“
Johann Wolfgang von Goethe

IM KLARTEXT

Februar 2006

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Februar 2006

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Mehr als 20 Wirtschaftsforschungsinstitute sind an der Evaluation der Hartz-Reformen beteiligt. Ende Januar wurde der Bundesregierung ein Zwischenbericht für die Reformen Hartz I bis III übergeben. Unter dem Titel „Die Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ hält der Bericht fest: Personal-serviceagenturen und andere Hartz-Neuerungen blieben weitgehend wirkungslos oder haben sich sogar negativ ausgewirkt. Nur Ich-AG und Überbrückungsgeld trugen ein we-

nig zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei. Der Schlussbericht der rund 10 Millionen € teuren Studie soll Ende 2006 vorliegen.

Ein Blick auf die jeweils aktuellen Arbeitslosen-Statistiken hätte Ähnliches ergeben. Die Arbeitslosenzahlen sind im Januar auf über fünf Millionen gestiegen, 408 000 Menschen mehr als im Vormonat.

Geldwertstabilität

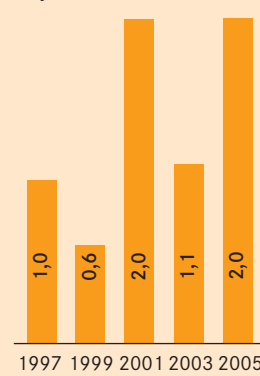
Das Statistische Bundesamt hat für 2005 eine Teuerungsrate von 2,0 Prozent errechnet. Neben stark gestiegenen Energiepreisen waren steigende Tabak- und Kfz-Steuern Ursache der Teuerung.

Die Europäische Zentralbank sieht bis zu einer Inflationsrate von zwei Prozent die Preisstabilität gewahrt. Das Dilemma zeigt sich in Relation zur Einkommensentwicklung: Die Bruttolöhne und -gehälter wuchsen 2005 um ein Prozent, die Renten sind nicht gestiegen.

Produkte, deren Preise vom Staat beeinflusst werden, verteuerten sich 2005 doppelt so stark wie andere. Der nächste

Teuerungsrate

Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Preisschub von Staats wegen ist schon genau datiert: Ab Januar 2007 wird die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent steigen und Waren und Dienstleistungen verteuern.

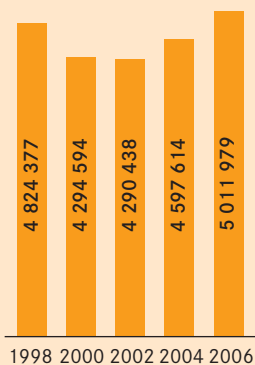
Eigenverantwortung

In sieben europäischen Ländern ist die Privatinsolvenz möglich. In Deutschland reichten 2005 gut 98 400 Privatpersonen einen Insolvenzantrag bei Gericht ein, 24,6 Prozent mehr als im Jahr 2004 (78 990 Privatinsolvenzen). Nur Großbritannien und die

Niederlande haben höhere Steigerungsraten. Arbeitslosigkeit ist europaweit Hauptgrund für die Zahlungsunfähigkeit von Privatpersonen.

In Deutschland werden die Privatinsolvenzen weiter zunehmen. Das Bundesjustizministerium geht davon aus, dass mindestens 3,1 Millionen Haushalte überschuldet sind. Die Folgen einer Privatinsolvenz trifft nicht nur Gläubiger, die auf unbezahlten Rechnungen sitzen bleiben. Insolvenzverfahren belasten auch die Steuerzahler: Gerichts- und Verfahrenskosten betragen 2005 rund 200 Millionen €, Tendenz: ebenfalls steigend.

Arbeitslose



Privatinsolvenzen

	Anzahl	Änderung zu 2004
Großbritannien	64 556	+34,2%
Niederlande	3 311	+26,8%
Deutschland	98 400	+24,6%
Österreich	6 300	+12,0%
Schweden	424	+4,4%
Schweiz	5 469	-4,3%
Norwegen	1 540	-4,6%
Gesamt	180 000	+25,8%

Stand 2005
Quelle: Creditreform

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture alliance / dpa; akg-images
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard